

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Vaduz will das ortsplannerische Leitbild von 1975 überprüfen

Heisst es künftig weiterhin «Kontrolliertes Wachstum zugunsten eines schönen Residenzstädtchens in ländlicher Umgebung» als Zielsetzung?

(G.M.) – Vaduz besitzt seit 1975, abgesehen durch eine Volksbefragung, ein ortsplannerisches Leitbild. Damals sprach sich eine Mehrheit der Bevölkerung für eine Variante aus, die «kontrolliertes Wachstum zugunsten eines schönen Residenzstädtchens in ländlicher Umgebung» versprach. Wie aus der neuesten Ausgabe der «Nachrichten aus dem Rathaus» hervorgeht, möchte der Gemeinderat die damaligen Zielsetzungen überprüfen und gegebenenfalls auch die Vorstellungen des Leitbildes aktualisieren.

Das ortsplannerische Leitbild sei, so stellen die «Nachrichten aus dem Rathaus» fest, für viele keine bekannte Grösse mehr. Oder wer weiss heute noch, dass folgende Zielsetzungen damals im Zentrum der Entscheidungen standen?

● Wir wollen mit Beharrlichkeit Ziele verfolgen, die die Bedeutung von Vaduz stärken und befürworten dazu eine gesunde wirtschaftliche Basis.

● Das Zentrum soll klein, dicht und klar umgrenzt bleiben. Es soll wertvollen, alten Bestand mit neuen, nach klaren Vorstellungen geordneten Bauten und Einrichtungen verbinden und die Ausstrahlungskraft des Residenzstädtchens erhöhen.

● Die Wohngebiete sollen sich von der erlebnisreichen Dichte des Zentrums ergänzend abheben durch lockere Bauweise mit starker Begrünung. Sie sollen feinsäblich, wohnlich und sehr kinderfreundlich sein.

Diese drei Punkte offenbaren nach den «Nachrichten aus dem Rathaus» auch ein Spannungsfeld zwischen langfristigem



Die Gemeinde Vaduz hat sich bereits 1975 ein ortsplannerisches Leitbild gegeben. Dieses Leitbild soll nun vom Gemeinderat überprüft und aktualisiert werden. Verschiedene Massnahmen, die damals gefordert wurden, sind erfüllt worden, während die Fussgängerzone im Städtle und ein Kunsthaus immer noch auf die Realisierung warten. (Bild: HM)

Leitbild und Zeitströmungen, denen ein solches Leitbild innerhalb eines gewissen Zeitraumes ausgesetzt ist. Auf ein solches Spannungsfeld weist die Zeitschrift der Gemeinde konkret hin: «Die Wohnungsnot, die Bodenpreise und die Bodenknappheit lassen immer wieder Forderungen nach extremer Ausnutzung des Baugrundes in den Wohngebieten laut werden. Andererseits träumen manche

nicht von einem dicht bebauten und klar abgegrenzten Zentrum, sondern von einer grossen Grünanlage im Zentrum von Vaduz.»

Die 1975 vorgesehenen Massnahmen sollen nun nach dem Willen des Gemeinderates auf ihre Realisierung überprüft und allenfalls aktualisiert werden. Die Zentrumsplanung und die Spezialbauord-

nungen für Schlosshalde, Städtle und Aeule wurden beispielsweise geschaffen, die Sicherung der Rebberge durch Schaffung einer Rebzone durchgeführt, im Oberdorf und Mitteldorf Spezialbauordnungen verabschiedet. Andere Massnahmen wie die Errichtung einer Fussgängerzone im Städtle, der Bau eines Kunstmuseums zur kulturellen Bereicherung stehen noch aus.

Keine Abschwächung der FL-Konjunktur?

(G.M.) – Allerorten wird über eine konjunkturelle Abschwächung gesprochen, auch in unserem Land. Verschiedene Indikatoren weisen nach Ansicht von Fachleuten darauf hin, auch die Regierung spricht im Bericht zum Budget 1992 von einer «konjunkturellen Verflachung». Zu einem etwas anderen Ergebnis gelangt man allerdings, wenn man die Zahlen der Erwerbstätigen in unserem Land vergleicht.

Laut Ausländerstatistik wurden Ende 1990 insgesamt 5705 erwerbstätige Ausländer mit Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung registriert. Bis zum 31. August 1991 stieg deren Zahl auf 5787 Erwerbstätige an. Zwar ist auch die Zahl der Weggänger dieser zwei Ausländerkategorien auf 516 (488) im gleichen Zeitraum angestiegen, doch sind im August immer noch mehr ausländische Erwerbstätige als anfangs Jahr in unserem Land beschäftigt.

Ähnlich verhält es sich mit den Grenzgängern. Für die Grenzgänger aus der Schweiz liegen nur die Zahlen vom 31. Dezember 1990 vor, die 2213 Zupendler über den Rhein ausweisen. Ob hier eine Zunahme zu verzeichnen ist, wird sich erst am Ende des Jahres herausstellen. Hingegen hat in den ersten acht Monaten dieses Jahres die Zahl der Grenzgänger aus Österreich von 6885 auf 7048 Erwerbstätige zugenommen.

Transportkosten in Europa harmonisieren

Berlin (AP) Bundesrat Ogi hat in einer Ansprache in Berlin die Forderung nach realistischen und effektiv kostendeckenden Preisen für Verkehr und Transport bekräftigt. Gegenwärtig seien die Transportkosten zu niedrig, sagte Ogi am Dienstag anlässlich der Eröffnung der Intermodal, einer Fachmesse für den kombinierten Verkehr.

Die Transportkosten müssten in ganz Europa harmonisiert werden. Bei der Preisgestaltung sollten alle tatsächlich anfallenden Kosten miteinbezogen werden. Der Vorsteher des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartementes (EVED) sprach sich im übrigen für «neue Pfade» im europäischen Verkehr aus. Es brauche eine neue Infrastruktur, neue Rechtsverfahren, die die schnelle Realisierung von Projekten ermöglichen und auch neue Finanzierungssysteme. In diesem Zusammenhang nannte Ogi die Möglichkeit der Äufnung eines Transportfonds für Osteuropa.

Von der Sozialpolitik über Alpenschutz bis zur Mini-Olympiade

Breitgefächerter Fragenkatalog beim Pressegespräch mit der Regierung am Dienstagabend – Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage stabilisiert sich

(G.M.) – Die von Liechtenstein unterzeichnete Alpenschutzkonvention hat vorerst keine direkten Auswirkungen auf unser Land, doch die zum Rahmenabkommen zu erarbeitenden Protokolle für verschiedene Schutzbereiche werden auch für das Fürstentum Liechtenstein massgeblich sein. Diese Erklärung gab Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille am Pressegespräch vom Dienstagabend auf eine entsprechende Frage ab.

Die Kontroverse zwischen Regierungsrat Dr. Peter Wolff als Inhaber des Sozial- und Gesundheitsressorts und der AHV-Verwaltung bildete die erste Frage, wobei Wolff betonte, dass es in der Sache zwar unterschiedliche Auffassungen gebe, doch eine atmosphärische Trübung in den Beziehungen zwischen Ressortinhaber und AHV wollte er nicht erkennen. Die unterschiedlichen Auffassungen haben ihren Grund nach seinen Ausführungen offenbar in der Position der AHV,

möglichst keine Schritte zu unternehmen, die über das Vorgehen der schweizerischen AHV hinausgehen, um nicht das Sozialabkommen zu tangieren.

Geld für 13. AHV-Rente vorhanden

Die finanziellen Reserven sind gemäss seinen Aussagen vorhanden, um eine 13. AHV-Rente auszahlen zu können. Regierungsrat Wolff wies in diesem Zusammenhang auf rund 60 Mio. Fr. hin, die jährlich für die Erhöhung des Fonds verwendet werden könnten, während für die Ausrichtung eines sogenannten Weihnachtsgeldes nur etwas 2,5 Mio. Fr. aufzuwenden wären. Es sei angesichts dieser Finanzlage schwierig, meinte er, den Leuten klarzumachen, dass kein Weihnachtsgeld ausbezahlt werden sollte.

Bedeutung der Alpenkonvention

Die Bedeutung der Alpenschutzkonvention, die in der letzten Woche durch Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille in Salzburg unterzeichnet wur-

de, kann erst in ein paar Jahren eingeschätzt werden. Frankreich, das die 3. Alpenschutzkonferenz 1993 durchführen wird, ist nun beauftragt, die Fertigstellung aller Protokolle zum Rahmenabkommen voranzutreiben. Protokolle, die Ausführungsbestimmungen und konkrete Massnahmen enthalten, werden nach den Ausführungen von Regierungschef-Stellvertreter Wille für verschiedene Bereiche ausgefertigt, beispielsweise für den Verkehr im Alpenraum, den Tourismus, die Berglandwirtschaft oder die Raumplanung. Sie sollen alle an der nächsten Konferenz ratifiziert werden, um dann von den einzelnen Unterzeichnerstaaten in die Tat umgesetzt werden können.

Stabilisierte Beschäftigungslage

Regierungsrat René Ritter, der dem Wirtschaftsressort vorsteht, sieht derzeit eine Stabilisierung der Wirtschaftssituation. Er wollte keine Prognosen für die nähere Zukunft stellen, doch bemerkte

er, dass vielleicht anfangs Jahr Klein- und Mittelbetriebe etwas in Schwierigkeiten kommen könnten angesichts der abgeschwächten Konjunktursituation. Die Situation am Arbeitsmarkt hat sich nach seinen Aussagen nicht mehr verschärft, sondern es seien Stabilisierungstendenzen sichtbar. Die Arbeitslosigkeit, die sich derzeit bei ungefähr 60 Personen hält, dürfe nach seiner Einschätzung nicht mehr wesentlich ansteigen. Interessanterweise ist derzeit nach seinen Erklärungen derzeit eine Nachfrage nach Hilfsarbeitskräften vorhanden, während beispielsweise bei den kaufmännischen Berufen erstmals Arbeitslose festgestellt würden. Allgemein ist nach seinen Worten ein Qualifikationsproblem sichtbar, wonach Fachkräfte weniger Aussichten auf einen Arbeitsplatz hätten als Hilfsarbeiter.

Noch keine Entscheidung

Über die Durchführung der Mini-Staaten-Olympiade, die turnusgemäss 1997 unser Land übernehmen sollte, ist noch keine Entscheidung gefallen. Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille erklärte, dass vorerst ein Bericht abgewartet werden müsse. Allerdings sieht er in bezug auf die Finanzen, die Unterkunft und die Verpflegung für die rund 1200 Athleten gewisse Schwierigkeiten, die in die Entscheidung miteinbezogen werden müssten.

Deutliche Steigerung durch EWR-Vertrag

Wien (spk/dpa) Die Position Österreichs im europäischen Gefüge erfährt durch den EWR-Vertrag eine deutliche Steigerung. Das sagte am Dienstag in Wien der österreichische Wirtschaftsminister Wolfgang Schüssel vor dem Parlament. Er appellierte an die Abgeordneten, den Vertrag rasch nach der für den 16. Dezember geplanten Unterzeichnung zu ratifizieren.

Am Montag hatten die Grünen ein Volksbegehren eingeleitet, das den Beitritt Österreichs zum EWR, dem Zusammenschluss von EG und der Freihandelszone Efta, verhindern soll. Die Teilnahme am EWR hat laut Schüssel für Österreich handfeste wirtschaftliche Gründe: Etwa zwei Drittel der Wachstumseffekte, die bei einem Beitritt Österreichs zur EG prognostiziert werden, könnten bei einer Teilnahme am EWR realisiert werden.

Bankiers für EWR-Vertrag

Vorteile für Finanzplatz Schweiz

Zürich (spk) Die wichtigsten Zielsetzungen in den Verhandlungen über den EWR sind erreicht: mit dieser Feststellung unterstützt die Schweizerische Bankiervereinigung den vorgesehenen EWR-Beitritt der Schweiz. Der Wirtschaftsraum werde die Attraktivität des Finanzplatzes Schweiz stärken. Weitere Verbesserungen erhoffen sich die Bankiers durch einen EG-Beitritt.

Für die Bankiervereinigung ist von grösster Bedeutung, schreibt sie in einer Pressemitteilung vom Dienstag, dass dem Bankensektor der Binnenmarkt ohne Diskriminierung offensteht. Die schweizerischen Institute könnten so ihre Tätigkeit innerhalb der EG mit einem Filialnetz oder von der Schweiz aus ausüben und seien nicht gezwungen, weitere Tochtergesellschaften in den EG-Staaten zu gründen. Dasselbe gelte für Banken

aus Drittstaaten, die sich in der Schweiz niederlassen wollten.

Ungewiss bleibt in den Augen der Bankiers das Ausmass der Beteiligung von Schweizer Experten an der Ausarbeitung der künftigen europäischen Bankengesetzgebung. Von Nachteil sei für die Banken, dass die Schweiz im beratenden Bankenausschuss nicht vertreten sein könne.

EG-Beitrittsgesuch nützlich

Die Übernahme von EG-Recht bereitet den Schweizer Banken nach Ansicht der SBVg keine Schwierigkeiten. Der Integrationsprozess verschärfe den internationalen Wettbewerb und sollte nach Meinung der Bankiervereinigung die Entwicklung des Schweizer Rechts positiv beeinflussen, vorab in bezug auf die Besteuerung von Börsentransaktionen oder von Wertschriftenemissionen.

107 Marcos-Konten in der Schweiz

Manila (AP) Die philippinische Justiz hat am Dienstag die Anklage gegen die Familie des 1986 gestürzten Präsidenten Ferdinand Marcos um eine Reihe weiterer Punkte ausgedehnt. Insbesondere hätten die Marcos-Witwe Imelda und ihre Kinder gegen das Zentralbankgesetz verstossen, indem sie über 350 Millionen Dollar ins Ausland geschafft haben. In der Schweiz hat der Marcos-Clan nach Angaben der philippinischen Staatsanwaltschaft 107 verschiedene Bankkonten.

Oberstaatsanwalt Francisco Chavez beschuldigte Imelda Marcos, die am Montag vergangener Woche nach mehrjährigem Exil auf Hawaii in ihre Heimat zurückgekehrt war, 17mal gegen das Bankgesetz verstossen zu haben. Sohn Ferdinand werden zwölf Verstösse zur Last gelegt, den Töchtern Imee und Irene 13 beziehungsweise 15 Verstösse.

DENNER-Satellit

Ihr privater Detailist mit echten Discountpreisen

Schaan-Vaduz

Klementinen

1 kg
Fr. 2.95

Beachten Sie die laufenden Denner-Aktionen in der Tagespresse.